

Marie Luise von Halem

Rede zum Antrag der FDP und Bündnis 90/Die Grünen „Mehr
Schulpsychologinnen und Schulpsychologen im Land Brandenburg“,
23.03.2011

Es gilt das gesprochene Wort !

Anrede,

Zitat Berliner Morgenpost, 18. Februar 2011: „Die Mutter des Jungen sagte der Zeitung, ihr Sohn werde schon seit drei Jahren an der Schule drangsaliert, verprügelt, eingesperrt, ihm sei der Arm eingeklemmt worden und man habe ihn vom Fahrrad gestoßen, Die Mutter erhob Vorwürfe gegen die Schule: 'Lehrer haben weg geschaut.' Die Polizei sei nach dem jüngsten Vorfall erst auf ihr Drängen gerufen worden.“

Ich will hier nicht einen einzelnen Fall skandalisieren. Aber ich habe selbst viele Fälle erlebt bzw. als Elternvertreterin von Eltern oder Kindern geschildert bekommen, in denen LehrerInnen und ErzieherInnen Gewalt unter SchülerInnen gesehen haben, die von Gewalt auf dem Heimweg gewusst haben, die die Ängste der betroffenen Kinder kannten. Und die nicht angemessen reagiert haben, nicht aus bösem Willen, sondern eher aus Ohnmacht.

Es geht hier nicht so sehr um spontane Affekthandlungen, sondern um die Gewalt, die an den Opfern nagt, die viele sehen, aber mit der nur wenige richtig umzugehen wissen.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf einen Schulpsychologen bzw. eine Schulpsychologin entfallen, rangieren von 580 in Albanien, gut 5.000 in Berlin bis hin zu ca. 20.000 in China und 28.000 in Niedersachsen. In Brandenburg entfallen pro Schulpsychologe im Jahr 2010 61 Schulen, 780 Lehrkräfte und 10.376 SchülerInnen (Quelle: Sektion Schulpsychologie im BDP, 2010). Die Weltgesundheitsorganisation hält übrigens 2.500 SchülerInnen pro PsychologIn für einen angemessenen Wert.

Damit liegt Brandenburg im Deutschlandvergleich im unteren Mittelfeld.

Wenn ich diese Zahlen lese, dann frage ich mich, ob nicht die Beratungspotentiale, die wir durch mehr SchulpsychologInnen gewinnen können, deren Kosten um ein Vielfaches aufwiegen. Mehr SchulpsychologInnen könnten Einzelne besser schützen, mehr Solidarität mit den Schwächeren bewirken und das Schulklima verbessern – wenn sie dafür Zeit hätten. Eine bis zu zwölfwöchige Wartezeit wirkt aber für Lehrkräfte sicher nicht anregend, sich bei Fragestellungen Unterstützung von SchulpsychologInnen zu holen.

Sicher, es ist nicht so, dass eine Verdoppelung der Anzahl der SchulpsychologInnen alle Probleme lösen würde. Es gibt hier keine einfachen Lösungen und kein $2 + 2 = 4$.

Wenn Sie aber unserem Antrag zustimmen, dann würden wir einen entscheidenden Schritt gehen hin zu mehr Beratungs- und Unterstützungsleistung für unsere Schulen. Und der Empfehlung der WHO kämen wir auch näher: wir hätten nur noch doppelt so viele SchülerInnen und Schüler pro PsychologIn, und nicht mehr viermal so viele.

Fälle wie der in Luckenwalde im letzten Monat könnten seltener werden.